

stände, werden Beamte immer nöthig, namentlich in diesem Bezirke, und diese werden auch zu besolden sein. Ob nun selbige gerade von einer mehr centralisirten Behörde delegirt oder ob sie im Bezirke stationirt sind, darauf wird, was die Ersparniß betrifft, wohl wenig ankommen. Es ist von der Deputation darauf Gewicht gelegt worden, daß die Patrimonialgerichte an den Staat übergegangen sind. Es werden zwar dadurch einige Gerichtsstellen weniger geworden sein, allein da die Geschäfte der Amtshauptleute sehr häufig, wie auch zu wünschen ist, in Localexpeditionen und Besichtigungen bestehen, bezweifle ich sehr, daß eine große Verminderung der amtshauptmannschaftlichen Geschäfte daraus hervorgehen werde. Es sollen auch, wie die Deputation in Aussicht stellt, durch das Friedensrichterinstitut, die Geschäfte der Amtshauptleute vermindert werden. Ich erlaube mir aber auf den Ministerialvortrag hinzuweisen, welcher auf die Thronrede folgte, wo gesagt ist:

„daß sich dasselbe (das Friedensrichterinstitut) nach Ueberwindung der ersten freilich unvermeidlichen Schwierigkeiten, im Laufe der Zeit, im lebendigen Zusammenwirken mit den ihm zur Seite gestellten, insbesondere aber mit den amtshauptmannschaftlichen Behörden zu einer ersprießlichen und thatkräftigen Wirksamkeit entwickeln werde.“

Ich glaube demnach, daß auch hier, für den Anfang wenigstens und für die laufende Finanzperiode eine Aussicht auf Verminderung der amtshauptmannschaftlichen Geschäfte nicht zu erblicken ist. Ebenso wenig erwarte ich eine solche von der Schwarzenberger Eisenbahn. Denn diese wird wohl stellenweis ein leichteres Fortkommen gewähren, aber wahrscheinlich auch um desto öfter benutzt werden. Es wird auch bei und von dieser Eisenbahn so viel Neues erwartet, ja gewünscht, daß ich glauben muß, die Geschäfte werden sich eher vermehren als vermindern. Wie gesagt, es thut mir leid, daß ich bei meiner Achtung vor der Finanzdeputation in ihrer Zusammensetzung gegen sie zu stimmen genöthigt bin. Ich sehe voraus, daß ich in der Minorität, vielleicht ganz isolirt bleiben werde; doch gegen Ueberzeugung kann man nicht stimmen.

Abg. Haberkorn: Das alte längst schon bestehende Institut der Amtshauptmannschaften anzutasten, kommt mir nicht bei, allein gegen eine Vermehrung der Amtshauptmannschaften, wie sie von der Staatsregierung beabsichtigt wird, habe ich mich bereits in der Deputation erklärt und muß es auch jetzt thun. Die Gründe dafür sind im Deputationsberichte niedergelegt und ich habe denselben nur sehr wenig hinzuzufügen. Es hat sich nämlich jetzt der Verwaltungsapparat ungemein vervielfältigt, und wenn der Bericht darauf Bezug genommen hat, so ist dies mit vollem Rechte geschehen. Es sind nämlich durch die neue Organisation der Unterbehörden sehr viele neue Organe der Regierung geschaffen worden. Es bestehen, wie bekannt, jetzt 112 Gerichtsamter mit 112 Gerichtsamtleuten, 39

Affessoren, 300 Actuaren und 20 remunerirten Protokollanten, 461 im Ganzen juristisch befähigte Mitglieder, welche mehr oder weniger ebenso im gerichtlichen als im Verwaltungsfache beschäftigt sind. Es kann deshalb nicht behauptet werden, daß die Regierung nunmehr und mit Hilfe dieser Organe Mittel genug hat, um nach allen Richtungen des Landes hin, ihre Rechte wahrnehmen zu lassen, was früher durchaus nicht der Fall war. Wenn der Abg. Dr. Plazmann darauf Bezug nahm, daß durch die Aufhebung der Patrimonialgerichte eine Aenderung in dieser Beziehung nicht erfolgt sei, so muß ich ihm hierin bestimmt widersprechen. Es fehlte damals, als beziehentlich nur ein Drittel der Einwohner königlicher Gerichtsbarkeit und zwei Drittel der Patrimonialgerichtsbarkeit unterlag, der Regierung allerdings an Organen, um in ihrem Sinne allenthalben das Interesse des Staats vertreten lassen zu können. Dies ist jetzt aber ganz anders geworden. Mit den neuen Organen kann sich die Regierung nach allen Seiten hin helfen, sie haben in ihrem Sinne erhaltene Aufträge auszuführen und können denselben manche Arbeiten aufgetragen und den Amtshauptleuten abgenommen werden. Wenn der Abg. Dr. Plazmann auf die Friedensgerichte gar kein Gewicht legen wollte, so muß ich ihm auch hierin widersprechen. Es hat die Staatsverwaltung durch die Einführung der Friedensrichter der Selbstverwaltung Bahn brechen, an das Sichselbsthelfen gewöhnen wollen. Den Amtshauptleuten werden dadurch manche Arbeiten abgenommen werden, die Friedensrichter mithin nicht dazu beitragen, die Zahl der Amtshauptleute vermehrt zu sehen. Es wird endlich nicht außer Acht zu lassen sein, daß es auch in den übrigen Landestheilen, nicht bloß im Zwickauer Kreisdirectionsbezirk, sehr große und umfassende amtshauptmannschaftliche Bezirke giebt und daß daher auch die andern Kreisdirectionen, vielleicht mit eben so großem Rechte, verlangen könnten, es möchte auch bei ihnen die Zahl der Amtshauptleute vermehrt werden. Hierzu wollen wir keine Veranlassung und kein Beispiel geben; ich kann daher der Kammer nur dringend anrathen, dem Antrage der Deputation Beifall zu schenken.

Abg. Dr. Plazmann: Dem geehrten Abgeordneten, der so eben gesprochen hat, muß ich doch erwidern, daß ich das Friedensrichterinstitut nur in sofern erwähnt habe, als ich glaubte, daß dadurch in der jetzigen Finanzperiode den Amtshauptleuten keine Verminderung der Geschäfte erwachsen werde; daß ich kein Gewicht darauf gelegt hätte, habe ich nicht gesagt.

Präsident Dr. Haase: Es haben sich als Sprecher gemeldet die Abgg. Eisenstück, v. Nostitz-Wallwitz, Reich-Eisenstück und v. Nostitz-Drzewiecki.

Abg. Eisenstück: Der Herr Referent hat bei Ablefen der Stelle:

die Staatsregierung wolle in der neu zu entwerfenden Instruction für die Amtshauptleute dafür Sorge tragen